

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

19.5.1912 (No. 136)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 136

Sonntag, den 19. Mai 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschl. Nr. 154), wofürst auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einschickungsgebühr: die 6 mal gespaltene Beizettel oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 4. Mai 1912 gnädigt bewogen gefunden, dem Fabrikanten Ernst Deutenmüller in Bretten das Ritterkreuz zweiter Klasse Höchstzweites Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 13. Mai 1912 gnädigt bewogen gefunden, dem Rektor a. D. Dr. Thomas Joseph Cathian in Überlingen das Ritterkreuz erster Klasse Höchstzweites Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Der von Seiner Durchlaucht dem Fürsten Max Egon zu Fürstenberg auf die katholische Pfarrei Böhrenbach präferierte Pfarrer Anton Butscher, bisheriger Pfarrverweser daselbst, ist am 28. April 1912 kirchlich eingesetzt worden.

Mit Entschließung des Ministeriums der Finanzen vom 13. Mai 1912 wurde Bauinspektor Theodor Knittel in Bruchsal zur Generaldirektion der Staatsbahnen nach Karlsruhe versetzt.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat unterm 10. Mai 1912 den Finanzassistenten Friedrich Schumacher in Lörrach zum Finanzsekretär ernannt und der Rechnungsrevision der Zoll- und Steuerdirektion zur Dienstleistung zugeteilt.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat unterm 7. Mai 1912 den Finanzsekretär Karl Renninger in Mannheim nach Schwetzingen versetzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen vom 13. Mai 1912 wurde der Eisenbahnassistent Fridolin Enderle in Riegel zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen vom 15. Mai 1912 wurde der Eisenbahnassistent Johann Hreischer in Lehr-Dinglingen zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Ingenieurbaufach betr.

Im Einverständnis mit dem Großh. Ministerium der Finanzen sind auf Grund des § 3 Absatz 2 der landesherrlichen Verordnung vom 26. Juni 1906, die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Ingenieurbaufach betr., nachgenannte Diplomingenieure als Ingenieurpraktikanten aufgenommen worden:

1. Alexander Baumann aus Riga,
2. Hermann Gofel aus Lörrach,
3. Wendelin Hornung aus Stigheim,
4. Fritz Seiderer aus Karlsruhe,
5. Hermann Wagner aus Bergshaupten.

Karlsruhe, den 13. Mai 1912.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Glodner.

Dr. Fecht.

Die Apotheke in Gailingen betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Gailingen, Amt Konstanz, ist in Erledigung gekommen und soll auf 1. November 1912 wieder verliehen werden. Sie wird mit dem Anfügen zur Bewerbung ausgeschrieben, daß der neue Inhaber der Berechtigung die vorhandenen Vorräte und Einrichtungen gegen eine nötigenfalls von dem unterzeichneten Ministerium endgültig festzusetzende Vergütung zu übernehmen hat. Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen 14 Tagen hierher einzufenden.

Karlsruhe, den 14. Mai 1912.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Glodner.

Barf.

Nicht-Amtlicher Teil.

Politische Wochenrückblicke.

Die Karlsruher Entscheidungen, auf die die politische Welt erwartungsvoll geblickt hatte, haben einen öffentlichen Ausdruck in der Ernennung des bisherigen Botschafters in Konstantinopel, Freiherrn Marschall von Bieberstein, zum Botschafter in London gefunden. Freiherr von Marschall hat einen wichtigen Posten verlassen. An seine Versetzung knüpft sich daher die doppelte Hoffnung: einerseits, daß die deutsch-türkischen Beziehungen sich auf der Grundlage des Vertrauens und gegenseitiger Sympathien weiter entwickeln, sowie daß die aus dem italienisch-türkischen Kriege sich ergebenden Schwierigkeiten überwunden werden, und andererseits, daß die bedeutsamen Aufgaben, die Herr von Marschall in London erwarten und zu denen das Problem der deutsch-englischen Verständigung gehört, einer glücklichen Lösung zugeführt werden.

Wie neulich der 10. Mai als Ehrentag für den deutschen Reichstag bezeichnet werden konnte, so nunmehr der 14. gleichen Monats. Damals Wehrvorlage, nunmehr Flottengesetz; beide zwar noch in zweiter Lesung, aber doch mit sicherer Aussicht auf endgültige Annahme. Es soll dem Reichstag so bald nicht vergessen werden, daß er das Gewicht der Annahme der Wehrvorlagen durch die Zurückhaltung der bürgerlichen Parteien im Neben noch erhöhte. Die Flottenvorlage war in dem Haushaltsausschusse durchgesprochen worden; der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral von Tirpitz, hatte dabei, nach glaubhaften Zeitungsberichten, nochmals auf den defensiven Charakter der deutschen Flotte hingewiesen und erklärt, er denke von der englischen Admiralität zu hoch, um anzunehmen, daß sie einen deutschen Angriff für möglich halte. Auf der anderen Seite hatte der Staatssekretär angedeutet, daß allerdings im letzten Jahre maritime Vorkehrungen, vielleicht auf beiden Seiten, getroffen worden seien, daß aber bei der politischen Leitung die Absicht, einen Krieg zu führen, nicht erkennbar gewesen sei. Die Plenarberatung des Reichstags schloß sich unmittelbar an die Ausschußberatung an. Die bürgerlichen Parteien hielten die weitere Erörterung nicht für notwendig und meinten, daß Abstimmen jetzt eindrucksvoller sei, als Reden. Man ließ den Sozialdemokraten allein das Feld und nahm ihnen dadurch die Luft, ihren zwei Rednern einen dritten folgen zu lassen. Bei der Abstimmung erhoben sich alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Polen und Welfen, für die Vorlage. Sofort darauf wurde der Ergänzungsetz zur Marine für 1912 ohne Besprechung nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg war zu der Abstimmung in den Sitzungssaal gekommen und konnte dem Staatssekretär der Marine, der durch einfache Sachlichkeit und ein natürliches diplomatisches Geschick diesem neuen Flottengesetz, wie schon seinen Vorgängern, die Bahn geebnet hatte, glückwünschend die Hand drücken. Aber auch des Kanzlers eigene Taktik hatte einen Sieg davongetragen. Er hat zu den Wehrvorlagen bisher überhaupt nur einmal das Wort genommen, nämlich bei ihrer Einbringung; er hat auf Angriffe nicht erwidert; man konnte diese Zurückhaltung anfangs für zu weitgehend halten, zweifellos aber ist, daß durch eine gleich scharfe Beantwortung der Angriffe die Debatte sich verlängert hätte; dies lag offenbar nicht in der Absicht des Kanzlers. Der Kanzler hat aber weiter erreicht, daß die Aufmerksamkeit sich von den innerpolitischen Meinungsverschiedenheiten abwandte und der Sache zukehrte; die Zurückhaltung des Kanzlers machte sozusagen Schule und endlich wurde sie durch die würdige Beendigung der zweiten Lesung belohnt, die unseres Wissens beispiellos in der Geschichte des deutschen Reichstages ist.

Dieses würdige Verhalten ist geeignet, die Hoffnung zu erwecken, daß der Reichstag die Möglichkeiten, die sich ihm durch die Änderung seiner eigenen Geschäftsordnung eröffnen, verständig und maßvoll benutzen werde. Das Urteil darüber ist von dem Maße des Vertrauens, das man dem Reichstag entgegenbringt, abhängig. Die ersten „kurzen Anfragen“ wurden an dem schon erwähnten 14. Mai gestellt. Fragesteller waren zwei sozialdemo-

(Mit einer Landtagsbeilage.)

kratische Abgeordnete. Abg. Frank-Mannheim (Soz.) erhielt auf seine Frage, ob Holland die Zustimmung zur Erhebung von Schiffsabgaben auf dem Rhein erklärt habe, von dem Vertreter des Reichskanzlers, dem Wirklichen Geheimen Legationsrat Dr. Lehmann, in höflicher Form die Antwort, daß der Reichskanzler über die Angelegenheit nichts mitteilen könne. Der Fragesteller formuliert nun noch zwei Unterfragen, was einem juristisch und dialektisch geschulten Kopfe nicht schwer fällt. Da die Einrichtung neu ist, braucht man mit den ersten Anfängen nicht streng ins Gericht zu gehen, der Abg. Frank wird sich aber wohl selber sagen, daß die Häufung von aussichtslosen Fragen, sowohl den, der gefragt wird, als den, der fragt, in eine unerwünschte Lage bringen kann. Das Sprichwort „Wer viel fragt, bekommt viel Antwort“ hat hier keine Statt. Wenn die Beantwortung der Hauptfrage — nicht aus Laune, sondern in Wahrung der Interessen des Reiches — abgelehnt wird, kann die Stellung weiterer Fragen als „Berührung“ des Regierungsvertreters empfunden werden, andererseits kann die notwendige mehrmalige Verfolgung eines Bescheides als „Abfuhr“ des Abgeordneten wirken, was keineswegs die Absicht des Regierungsvertreters zu sein braucht.

Der Reichstag gliederte die zweite Lesung des Reichskanzleretats nach innerer und äußerer Politik und erledigte die erstere am Freitag. Der ehemalige Vizepräsident Scheidemann schien an diesem Tage den bürgerlichen Parteien, die ihm bei der Präsidentschaftswahl ihre Stimme gegeben haben, einen Streich spielen und den Großblock ad absurdum führen zu wollen. Er erging sich in den heftigsten Angriffen auf den Kaiser, den preussischen Staat, den preussischen Landtag, das preussische Wahlrecht und die Dynastie. Der Redner folgte dabei einem Manuskript, handelte also offenbar vorbedacht. Der Reichskanzler verließ, als die Plut der Beleidigungen des preussischen Bundesstaates nicht eingedämmt wurde, den Saal und gab den übrigen Vertretern der verbündeten Regierungen das Zeichen, das Gleiche zu tun. Nachdem der Reichstagspräsident Dr. Kämpf auf Grund des Stenogramms dem Abgeordneten Scheidemann nachträglich noch einen Ordnungsruf — es war nicht der erste — erteilt hatte, kehrten der Kanzler und die übrigen Regierungsvertreter zurück und wurden Zeugen der Schilderung elsass-lothringischer Verhältnisse, die Abg. van Calter (ntl.), Professor an der Straßburger Universität, entwarf und die der Reichskanzler nachher als „ausgezeichnet“ anerkannte. Der Kanzler legte den Vorfalle mit der Grafenstadener Fabrik nochmals dar und erklärte, daß die Regierung den milden Weg der Verständigung mit der Fabrik beschritten habe, aber unbeeigsam an ihrer Forderung festhalten werde, denn deutsche Arbeitsstellen hätten die Pflicht, in erster Linie die nationalen Interessen zu schützen. Dem Unwillen über die Entwicklung der Dinge habe auch der Kaiser in seiner Straßburger Auserung, die in einer privaten Unterhaltung gefallen sei, Ausdruck gegeben; die Verbreitung der Auserung sei durch Indistretion geschehen. Er, der Kanzler, trage die Verantwortung nicht aus höflichen Rücksichten, wie ihm nachgesagt werde, sondern aus staatlicher Pflicht, und trete vor den Kaiser. Dem Kaiser habe völlig fern gelegen, an die Rechte des Bundesrats und des Reichstags zu rühren. Bundesrat und Reichstag würden seinerzeit darüber zu entscheiden haben, ob die Rechte, die Elsass-Lothringen verliehen worden seien, eine Erweiterung oder Einschränkung zu erfahren hätten; das Land, das zu uns gehöre, wie irgend ein Teil des deutschen Vaterlandes, werde sich sein Schicksal selber schaffen. — Die klaren, freimütigen und mannhaften Darlegungen des Reichskanzlers werden dazu beitragen, die Erörterung über die politische Entwicklung des Reichslandes in die rechten Bahnen zu leiten und das Verantwortungsgefühl aller Beteiligten zu schärfen.

Der nationalliberale Parteitag in Berlin hat, wie nach der Bekanntgabe der Ausgleichsverhandlungen nicht anders zu erwarten war, die Einmütigkeit der Partei von neuem festgestellt. Die auseinandergehenden Anschauungen sind sich auf der Mittellinie begegnet, und das Ergebnis war der Friede zwischen Jungliberalen und Nationalliberalen. Die Basis dieses Friedens ist bekanntlich folgende: der Reichsverband der nationalliberalen

Jugendvereine scheidet als solcher aus der Partei aus; diese ist also für die vom Reichsverband befolgte Politik nicht verantwortlich zu machen. Die Jungnational-liberalen Vereine können sich den gegebenen Parteiorganisationen anschließen, in die Vorstände dieser Organisationen die ihnen zukommenden Vertreter entsenden und so ihren Einfluß geltend machen. — Über den Parteitag urteilt das Hauptorgan der Gesamtpartei, die Berliner „Nationalliberale Korrespondenz“, u. a.: „In der Tat hat dieser Vertretertag in stärkerem Maße, als irgendeiner seiner Vorgänger, Zeugnis dafür abgelegt, wie wenig im Grunde die häuslichen Meinungsverschiedenheiten über die Geschlossenheit des nationalliberalen Gesamtorganismus nach außen hin vermögen, wie winzig der „Gegensatz“ zwischen Nord und Süd oder Alt und Jung doch erscheint, gemessen an den großen Aufgaben, an den erhabenen Zielen, denen der nationale Liberalismus nachgeht. . . Der Vertretertag hat, indem er der glücklich gefundenen und allseitig befriedigenden Lösung der jungliberalen Frage seine Sanktion erteilte, das Hemmnis fortgeräumt, das die Aktivität der Partei etwa hätte beeinträchtigen können; und die freimütige Aussprache, welche sich der eindrucksvollen Rede Wassermanns angeschlossen, erbrachte von neuem den Beweis, daß sich im Nationalliberalismus, wie in jeder großen Partei, zwar von einander abweichende Auffassungen begegnen, daß sie aber — im Gegensatz zu fast allen anderen Parteien — nur mehr die „Peripherie“ der Parteiarbeit betreffen und die programmatischen Grundlinien unberührt lassen.“ Die für die Beurteilung der Einigung maßgebende Rede hielt der Abg. Dr. Krause, einer der Führer der preussischen Landtagsfraktion. Sie gibt die Tatsache, daß ein erfreulicher Friede geschlossen sei, unumwunden zu, hegt aber Zweifel, ob dieser Friede auch für die weitere Zukunft unbedingte Garantien biete. Dieser Zweifel ist berechtigt, wenn man sich vor Augen hält, daß der Reichsverband der Jugendvereine nunmehr völlig selbstständig ohne Rücksicht auf die Partei handeln darf, und daß die in dem Reichsverband obwaltenden Anschauungen doch eben von denen des rechten Flügels der Gesamtpartei sehr verschieden sind. Und wenn auch die Partei für das Tun des Reichsverbands als einer draußen stehenden Organisation nicht mehr verantwortlich zu machen ist, so ist ein innerer Zusammenhang, der sich vor allem auf der gemeinsamen Zugehörigkeit zum Nationalliberalismus aufbaut, immer noch vorhanden, ja er wird durch den Umstand, daß die Untervereine des Reichsverbandes sich der Partei anschließen und in dieser Einfluß gewinnen, noch enger. Die Möglichkeiten zu neuen Zwistigkeiten sind also durch den vom Vertretertag sanktionierten Ausgleich keineswegs beseitigt. Deshalb betonten auch mehrere Redner, daß von dem guten Willen des Reichsverbandes der Friede für die Zukunft abhängen werde. Daß Vertrauen zu solchem guten Willen besteht, wurde namentlich vom Abg. Wassermann betont. Die Gegensätze selbst sind also vom Vertretertag nicht überwunden worden. Ja sie haben in der Gründung einer alt-nationalliberalen Sonderorganisation noch einen neuen verstärkten Ausdruck gefunden. Über diese Sonderorganisation schreibt die eben zitierte Berliner Nationalliberale Korrespondenz: „Es ist der Presse eine gleichlautende Mitteilung zugegangen, daß am Sonntag abend zu Berlin in einer freien Besprechung eine größere Anzahl von Parteifreunden zu dem Entschlusse gekommen ist, sich zu einem Verband zusammenzuschließen, um innerhalb der nationalliberalen Partei für die auch von dem letzten Parteitag wieder gebilligte Aufrechterhaltung des Charakters einer selbstständigen Mittelpartei zu wirken. Die Tatsache, daß auch die „Kreuzzeitung“ diese Nachricht übernommen und sich zu ihr geäußert hat, gibt dem „Berliner Tageblatt“ Veranlassung, davon zu fabeln, daß es sich hier um eine geplante Organisation handele, die unter dem Schutze der „Kreuzzeitung“ und in Anlehnung an die konservative Partei durchgeführt werden solle. Dieser tendenziösen Entstellung gegenüber stellen wir fest, daß es sich um den Zusammenschluß von Männern handelt, die dafür arbeiten wollen, daß die Partei bleibt, was sie in 40 jähriger ruhmreicher Geschichte war; die Partei des nationalen maßvollen Liberalismus, die im Schutze von Staat, Kultur und Einzelpersönlichkeit gegen den Anstrom der Sozialdemokratie eine ihrer vornehmsten Aufgaben sieht.“ Die Badische Landeszeitung bemerkt zu dieser Notiz: „Auf jeden Fall können wir es nicht begrüßen, daß jetzt, nachdem die Organisationsfragen durch gegenseitiges Entgegenkommen der einzelnen Richtungen glücklich gelöst sind, eine neue Gruppe innerhalb der Partei ins Leben gerufen wird, aus deren Gründung sich leicht wieder Schwierigkeiten ergeben können.“

Die Zweite Kammer des badischen Landtags befaßte sich in der Sitzung vom Montag mit der Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Abänderung des Landwirtschaftskammergesetzes. Berichterstatter war Abg. Weisshaupt-Meckrich (ntl.). Zugewiesen waren zwei Anträge von Seiten der Zentrumsfraktion und der Fraktion der Fortschritt. Volkspartei eingegangen. Die beiden Anträge lauten:

Der erste: „In Artikel 1 § 2 Absatz 2, D.-Z. 1 des Entwurfs einzuschalten hinter dem Worte „betätigt“: „und soweit Staatszuschüsse in Betracht kommen“.

In Artikel 4 dem § 12 am Ende anzufügen: „Die in dem Staatsvoranschlag zur Förderung der Land-

wirtschaft bewilligten Staatsmittel können der Landwirtschaftskammer zur Verwendung überwiesen werden.“

Gegebenenfalls hat die Landwirtschaftskammer dem Großh. Ministerium Verwendungspläne vorzulegen und sodann Rechnungen zu erstatten.“

Der zweite: „Die Zweite Kammer erklärt, daß sie eine Erweiterung der Tätigkeit der Landwirtschaftskammer als eines Organs der Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Landwirtschaftspflege wünsche.“

Die Zweite Kammer ersucht demgemäß die Großh. Regierung, der Landwirtschaftskammer einzelne Zweige der Landwirtschaft zur selbstständigen Pflege zu überweisen und ihr zu diesem Zwecke von den im Budget vorgesehenen Mitteln bestimmte, im Budget hierfür festgesetzte Beträge zuzuwenden.“

Das Haus beschloß dann mit Mehrheit den Gegenstand von der Tagesordnung der Sitzung abzusetzen und ihn in die Kommission zurückzuverweisen. — Am Freitag begann die Zweite Kammer mit der Beratung des Budgets der Verkehrsanstalten. Finanzminister Dr. Rheinboldt ergriff in der Debatte das Wort, betonte, daß es das erste Mal sei, daß er das Eisenbahnbudget vertrete, und führte dann u. a. — der stenographische Bericht der Rede liegt noch nicht vor — aus: Der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit soll mehr, wie es bisher geschehen, zur Geltung kommen. Es war erwünscht, daß derjenige, der die Verantwortung für die Finanzen des Landes zu tragen hat, volle Einsicht in das Eisenbahnwesen erlangt. Damit ist eine sehr schwierige Aufgabe übernommen worden. Es ist nicht die Absicht des Finanzministers, nach einseitig fiskalischen Gesichtspunkten Eisenbahnpolitik zu treiben. Doch erachtet er es als oberste Pflicht, mit unausgesetzter Aufmerksamkeit auf den Posten zu stehen, um zu verhindern, daß durch eine ungeschickte Finanzgebarung der Eisenbahnverwaltung die Finanzen des Staates Schaden leiden. Andererseits ist er sich bewußt, daß die Eisenbahnverwaltung wirtschaftliche Aufgaben von sehr großer Bedeutung zu erfüllen hat. Die wirtschaftlichen Interessen sind die Grundlagen der Finanzzielen. Der Minister wird daher dem Ausbau unseres Eisenbahnwesens die vollste Aufmerksamkeit zuwenden und tun, was gegenüber den übrigen Interessen des Staates vertreten werden kann. Wenn bei der großen Verantwortung für die Staatsfinanzen Vorsicht beobachtet wird, so darf das nicht verargt werden. Der Finanzminister hob hervor, eine wie zuverlässige Stütze er in der bewährten Kraft des Ministerialdirektors Schulz besitze. Er sprach sodann dem Berichterstatter der Budgetkommission, Abg. Hummel, für seinen objektiven, gründlichen und klaren Bericht den aufrichtigsten Dank aus. Zwischen Regierung und Kommission trat in allen Fragen eine erfreuliche Übereinstimmung zutage. Es ist erfreulich, daß der Standpunkt der Regierung durchweg die Billigung der Kommission gefunden hat. Die anerkennenden Worte für das Eisenbahnpersonal werden diesem ein neuer Ansporn zu treuer Pflichterfüllung sein. — Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Die Erste Kammer genehmigte am Montag das Budget des Justizwesens. Am Dienstag erledigte die Erste Kammer zunächst die Titel 11, 20 und 21 des Budgets des Ministeriums des Innern betr. milde Fonds, Unterstützungs- und Belohnungsfonds, verschiedene und zufällige Ausgaben. Hierbei fand das segensreiche Wirken der der Wohltätigkeit gewidmeten Institute und Vereine gebührende Anerkennung. Bei Erstattung des Berichts über das Budget des Finanzministeriums sprach Kommerzienrat Engelhard dem neuen Leiter desselben namens der Ersten Kammer volles Vertrauen aus. Finanzminister Rheinboldt erwiderte dankend und erklärte, daß er um die Finanzen des Landes in Ordnung zu halten in erster Linie der Unterstützung des Landtages und seiner Beamten bedürfe. — Die einzelnen Positionen erfuhren keine Beanstandung. Schließlich gab das Haus dem Gesetzentwurf betr. Abänderung des Wandergewerbesteuergesetzes in der Fassung der Zweiten Kammer seine Zustimmung.

Reichstag.

Berlin, 17. Mai.

Am Bundesratsstisch Reichskanzler Dr. von Bethmann-Hollweg, Staatssekretär Dr. Lisco, Minister von Breitenbach. — Präsident Dr. Kämpf eröffnete die Sitzung 1 Uhr 15 Minuten. — Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen, von denen diejenige über die Kundgebung des Kaisers in Straßburg schon mitgeteilt wurde.

Abg. Dr. Duard-Franfurt a. M. (Soz.): Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob nach dem Vorgang von Frankreich nunmehr auch der Abschluß einer literarischen Konvention zwischen Deutschland und Rußland auf Grund des Artikels 35 des russischen Urheberrechtsgesetzes vom 20. März 1911 zu erwarten steht? Geheimer Legationsrat Dr. Lehmann: Verhandlungen sind in dieser Frage im Gange.

Es folgt der Etat des Reichskanzlers. Zunächst werden Fragen der inneren Politik erörtert.

Abg. Scheidemann (Soz.): Wir empfinden eine gewisse Pärtlichkeit dem Reichskanzler gegenüber, der uns mit seiner Politik zu unserer jetzigen Stärke verholfen hat. Wenn der Reichskanzler den Internationalen Frieden will und wenn er eine deutsch-englische Verständigung herbeiführen will, so wünschen wir, daß er hierin mehr Erfolg hat, als auf dem Gebiet der inneren Politik. Wir leben jetzt in einer Übergangszeit und da mag es schwer sein, eine richtige Politik zu machen. Unhaltbar ist

die Aufrechterhaltung des persönlichen Regiments (Sehr richtig!). Dieses persönliche Regiment steht in Widerspruch mit den Wünschen des ganzen Volkes. Auf die Versprechungen der Thronrede ist keine Einlösung erfolgt. Hier ist eine Ehrenschuld einzulösen. Der Vorgang in der Grafenstabener Maschinenfabrik gibt schwer zu denken, zumal die Vorgänge durch einen exzellenten Denunzianten zur Sprache gekommen sind. Wenn die Verfassung Etsch-Votbringen in Straßen geschlagen und dieses Volk in Preußen einverleibt werden soll, so ist das allerdings die Androhung scharfer Strafe (Seiterteil), das bedeutet Zuchthausstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte! (Rärende Pfuirufe rechts, Lärm; Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Man sollte weniger unvorsichtig sein bei der Vergebung eines Volkes in die zweite Klasse des Soldatenlandes. (Präsident Kämpf: Ich bitte Sie, sich zu mahigen, sonst muß ich Sie zur Ordnung rufen. — Der Reichskanzler, die Staatssekretäre Kühn und Dr. Lisco, Minister v. Breitenbach sowie die Regierungskommissare und ein großer Teil der Rechten verlassen sichtlich den Saal. Ruhe bei den Sozialdemokraten: Endlich allein! Ruhe rechts und große Unruhe. — Präsident Dr. Kämpf: Ich befehle mir vor, einen Ordnungsruf auf Grund des Stenogramms noch nachträglich zu erteilen.)

Abg. Scheidemann fortsetzend: Was sagt Herr Wassermann dazu, daß er zum Petroleur von Mannheim avanciert ist? (Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. Seiterteil links.) Das war natürlich nur scherzhaft. Wir wollen nicht, daß Preußen länger das deutsche Sibirien bleibt. (Pfuirufe rechts und Lärm.) Ich werde mich über diesen Ordnungsruf beschweren. Es sollte nicht heißen: In Etsch-Votbringen rüdwärts, sondern in Preußen vorwärts! Das Eindringen der Polizei in das Abgeordnetenhaus ist eine Erscheinung der völlig unhaltbaren Zustände. (Präsident Dr. Kämpf: Ich bitte, auf diese Dinge im Landtag nicht einzugehen.) Bisher war es stets zulässig, auf solche Sachen hier einzugehen. Die Mitglieder der Mehrheit im Abgeordnetenhaus sind nicht da auf Grund eines Gesetzes, sondern auf Grund einer Verordnung, die vor 63 Jahren unter Bruch eines Königsworts zustande kam. (Große Unruhe. Präsident Dr. Kämpf rügt diesen Ausbruch.) Die Vorgänge im Abgeordnetenhaus waren lediglich ein Resultat des dortigen Bodens. (Große Unruhe.) Treiben Sie diese Dinge nicht zu weit, das Volk fühlt sich beleidigt! (Präsident Dr. Kämpf rügt nachträglich auf Grund des Stenogramms die Äußerungen des Redners.)

Abg. Dr. Spahn (Ft.):

Ich halte es nicht für gerechtfertigt, auf die Angelegenheit im Abgeordnetenhaus einzugehen, weil die Sache schwebt. Anders liegt es mit der angeleglichen Äußerung des Kaisers in Straßburg. Ich bedaure diese Äußerung und die Drohung, die darin ausgesprochen sein soll. Selbstverständlich hat der Kaiser nicht die Macht, die Reichsstände einem Bundesstaate einzuverleiben, ohne Anhörung der Volksvertretung.

Abg. Graf von Schwerin-Löwitz (konf.):

Ich halte es nicht für angeeignet, auf angelegliche Äußerungen des Kaisers hier einzugehen, so lange der authentische Wortlaut nicht vorliegt. Die Vorgänge in Etsch-Votbringen bestärken uns in der Annahme, daß es ein Fehler war, den Reichsständen die Verfassung zu geben und daß wir im Recht waren, sie abzulehnen. Für uns steht die Frage des Abschlusses der neuen Handelsverträge im Vordergrund des Interesses. Dabei ist zu berücksichtigen der ganze wirtschaftliche Aufschwung, den unsere Entwicklung seit Verabschiedung des Zolltarifs genommen hat. (Sämtliche Sozialdemokraten, die in lebhafter Unterhaltung zusammengefaßten haben, verlassen den Saal. Im Hause herrscht große Unruhe, in der die meisten Worte des Redners verloren gehen. Die Sozialdemokraten erscheinen nach und nach wieder auf ihren Plätzen. Während der weiteren Ausführungen des Redners erscheinen einige Bundesratsvertreter, unter diesen der hessische Gesandte Klümann und Unterstaatssekretär Richter wieder auf der Bundesratsempore, gehen aber alsbald wieder hinaus, worauf sich in den Reihen der Sozialdemokraten eine schallende Seiterteil auslöst. Als Redner ausdrücklich auf die wirtschaftspolitischen Verhältnisse eingeht, bittet ihn Präsident Dr. Kämpf, nicht zu weit vom Thema abzuspringen. Redner schließt: Wir wollen überall eine ziel- und kraftbewußte innere und äußere Politik (Beifall rechts).)

Präsident Dr. Kämpf ruft den Abgeordneten Scheidemann nachträglich auf Grund des Stenogramms wegen seiner Äußerung über die Vergebung eines Volkes in die zweite Klasse des Soldatenlandes, in der eine schwere Beleidigung Preußens liege, nochmals zur Ordnung. (Lebhafte Beifall.)

Abg. van Calker (ntl.):

Ich wollte als Mitbesitzer und Neufässer heute eigentlich über die Dinge reden, die über Etsch-Votbringen hinaus ganz Deutschland interessieren. Nach den Worten des ersten Redners aber habe ich ganz vergessen, daß ich ein Etschfässer sei. Es kam mir die Zeit in Erinnerung, als ich in früher Jugend das Lied lernte: „Ich bin ein Preuße!“ (Lebhafte Beifall rechts und der bürgerlichen Parteien, Lärm bei den Sozialdemokraten und Lachen). Ich bin sehr traurig darüber, daß Sie lachen können, wenn ein Deutscher und Preuße sich aus vollem Herzen zu seinem Vaterland bekennet. Gerade als Deutscher fühle ich mich in diesem Hause (Lebhaftes Bravo!) Wir haben die heilige Verpflichtung, uns bewußt zu bleiben, was Preußen für Deutschland gewesen ist. (Lebhaftes Bravo!) Gegen die Rede des Abgeordneten Scheidemann muß ich protestieren. In England beleidigt niemand den König, das ist nicht Gentlemanlike. Da richtet sich ein solches Verhalten selber. (Zurufe bei den Sozialdemokraten, Lärm. — Die Bundesratsvertreter erscheinen wieder im Saal, später auch der Reichskanzler, mit lauten Aha-Rufen begrüßt. Auf bei den Nationalliberalen: Politische Kinder!) Eine Änderung in den Verhältnissen Etsch-Votbringens halte ich nicht für richtig, zweckmäßig und gerecht. Wir müssen weiter marschieren auf dem von Bismarck geeigneten Weg. Das ist geschehen durch die Verlebung der Verfassung. Ich hoffe, daß die weitere Entwicklung eine glückliche sein wird. Sind Äußerungen des Kaisers geschehen, wie sie getan sein sollen, so sind sie bedauerlich, andererseits hat der Kaiser aber das Recht, unwillig zu sein.

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg:

Meine Herren, auf die Vorgänge, die mich und die Mitglieder des Bundesrats veranlaßt haben, eine Zeitung den Saal zu verlassen, gehe ich selbstverständlich nicht ein, nachdem von Seiten des Herrn Präsidenten ein Ordnungsruf wegen der Äußerung erfolgt ist, die der erste Redner getan hat. Ein Mann, der von seinem Lande so spricht, wie es geschehen ist, verurteilt sich selbst. (Stürmischer Beifall der bürgerlichen Parteien, Lachen der Sozialdemokraten.) Ihre Zwischenrufe machen mich nicht irre in meinem Gefühl als Preuße und als guter Deutscher, der weiß, was Deutschland Preußen verdankt. (Lebhafter Beifall.) Ich will, wie ich das bereits in meiner Antwort auf die Anfrage des Abg. Schöhorn gesagt habe, über die eilsässischen Angelegenheiten sprechen. Vorweg muß ich mit einigen Worten auf die Graventhener Angelegenheit eingehen, da die Resolution, die zu ihr gefaßt worden ist, wie der Abg. van Calker eben ausgeführt hat, eine gewisse Bedeutung erlangt hat.

Der Sachverhalt in der Grafenstabener Angelegenheit ist kurz folgender: Grafenstabener gehört der Norddeutschen Voto-

motiv-Vereinigung an und hat deshalb Anteil an den Bestellungen für die Reichseisenbahnen und für die preussische Bahnen. Der Wert der Bestellungen hat in den letzten Jahren durchschnittlich vier Millionen Mark pro Jahr betragen. Im Januar dieses Jahres wurde die preussische Eisenbahnverwaltung durch Zeitungsartikel und durch eine mit Namensunterzeichnung versehene Zuschrift darauf aufmerksam gemacht, daß von der Leitung des Grafenstabes Wertes behauptet werde, sie wirke in direkt deutschfeindlichem Sinne. Danach hat die Eisenbahnverwaltung im Benehmen der Landesverwaltung eine Untersuchung angestellt, deren Ergebnis der Unterstaatssekretär Mandel in der elsässischen Kammer mitgeteilt hat. Ich will aus dieser Mitteilung kurz folgendes anführen: Die elsässische Regierung erklärte, es sei für sie notwendig, daß der leitende Direktor des Werks die Seele aller deutschfeindlichen Bestrebungen sei, die sich in und um Grafenstaben bemerkbar machen. Alle persönlichen Beziehungen zwischen Fabrikleitung und Behörden hätten aufgehört und daran habe jener Direktor schuld, der bei jeder Gelegenheit das Deutschstum bekämpft. Er hat auch die gesellschaftlichen Vereinigungen in französisches Fahrwasser zu lenken gesucht. Auf Grund dieser Ergebnisse stellte die Eisenbahnverwaltung dem Werk die Einstellung weiterer Aufträge in Aussicht, falls nicht in bestimmter Frist dieser Direktor von seinem Posten entfernt (Hört, hört! links. Sehr richtig! rechts) und bis zu seiner Entfernung Gewähr dafür geboten würde, daß er seine Tätigkeit in deutschfeindlichem Sinne in der Fabrik und in der Gemeinde einstelle. (Abg. Emmel (Soz.) ruft: Jörn von Bulach sagt, das sei nur kinderei! Vizepräsident Dove bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.) Ich kann nicht begreifen, wie jemand daraus Vorwürfe für die Verwaltung herleiten kann. Für das Deutsche Reich ist es ein Ding der Unmöglichkeit, geschäftliche Beziehungen zu einem Werk aufrechtzuerhalten und ihm jährlich Millionen-Bestellungen zuzuwenden, dessen Leitung die Verachtung des deutschen Wesens zur Schau trägt. (Sehr richtig! Abg. Emmel: Wo denn? Wann denn?) Ich würde dankbar sein, wenn Sie mich nicht durch Zwischenrufe stören würden. Sie kommen ja später zu Wort. Die deutsche Eisenbahnverwaltung würde pflichtwidrig gehandelt haben, wenn sie diese Vorgänge ignoriert hätte. Es ist nicht Gefinnungsschwäche — dieser Ausdruck ist in der elsässischen Kammer gebraucht worden —, sondern es waren, als die Eisenbahnverwaltung durch Vermittlung der Landesregierung die nähere Untersuchung einleitete, nationale und nationale Notwendigkeiten. (Sehr richtig! rechts.) Ein Privatmann erhält geschäftliche Beziehungen ohne zwingende Notwendigkeit nicht aufrecht, wenn der andere Teil sich fortgesetzt darin ergeht, wichtige Interessen seines Auftraggebers zu schädigen. Und hier sollte es der Staat tun, wenn die nationalen Interessen in Frage stehen? Der Staat ist berufen, in erster Linie die nationalen Interessen zu schützen. Dann ist auch der Vorwurf gemacht worden, die Eisenbahnverwaltung wäre von der rheinisch-westfälischen Graubahn als Vorbild benützt worden, um die Konkurrenz von Grafenstaben auszufüllen. Man hat das daraus geschlossen, daß zufällig auch die „Rheinisch-Westfäl. Ztg.“ auf das Schreiben in Grafenstaben aufmerksam gemacht hat. Dieser Vorwurf ist widersinnig. Ich habe bereits mitgeteilt, in welchem Umfange nicht nur die Reichseisenbahnen, sondern auch die preussischen Eisenbahnen Grafenstaben mit Aufträgen versehen haben. Preußen besitzt Fabriken genau, um seinen Bedarf an Maschinen zu decken. Es würde nicht auf die reichsständischen Fabriken zu rekurrieren brauchen. Preußen sieht es aber als seine Aufgabe an, die reichsständische Industrie soviel als möglich zu fördern, und ich sehe mich dafür ein, daß das andauernd geschieht wird. (Sehr richtig! Weisfall.) Also das Konkurrenzmotiv, das angeblich für das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung mitbestimmend gewesen sein soll, existiert nur in der Phantasie derjenigen Personen, die die Angelegenheit politisch gegen Preußen ausbeuten wollen. Gegenwärtig hat Grafenstaben nur für die beiden Verwaltungen Maschinen im Werte von etwas über eine Million Mark, zusammen für zweieinhalb Millionen, zu bauen.

Die Aufträge sind für die erste Hälfte des Jahres 1912 vergeben, für die zweite Hälfte werden Bestellungen in ungefähre gleichem Werte zurückgehalten in der Hoffnung, daß noch eine Verständigung gelingt. Diese Verständigung ist bisher nicht zustande gekommen, weil das Werk sich weigert, den Direktor zu entlassen. Es ist selbstverständlich, daß die Eisenbahnverwaltung auf ihrer Forderung besteht. (Zustimmung rechts.) Wenn die Arbeiter der Fabrik nolleiden sollten, was ich nicht hoffe, weil das Werk die Forderungen nicht erfüllt, dann wird es das Werk sein, das die ausschließliche und alleinige Verantwortung dafür trägt (Weisfall rechts); denn nichts Unbilliges wird vom Werk verlangt, sondern nur das Selbstverständliche, daß ein geschäftliches Unternehmen, das Aufträge von der deutschen Staatsverwaltung haben will, nicht das vom Staat repräsentierte Deutschstum bekämpfen darf. (Weisfall.) Wenn man den Eisenbahnverwaltungen einen Vorwurf machen wollte, dann könnte es vielleicht nur der sein, daß sie zu vorichtig gewesen sind. Mander andere Staat würde bei der Werkleitung einfach mit der Bestellung aufgehört haben, ohne daß man in Verhandlungen eintrat. (Sehr richtig! rechts.) Dann war kein Stoff zur Agitation gegeben. Hier ist man aber in Verhandlungen eingetreten. Zu wessen Gunsten? Zu Gunsten von Grafenstaben und der in Grafenstaben beschäftigten Arbeiter. Und durch diese Verhandlungen hat man die Regierung verurteilt. In welcher Weise? Dafür eine kurze Bemerkung. Die Verhandlungen gälten auf beiden Seiten als vertraulich. Sie sollten vertraulich geführt werden im industriellen Interesse der Fabrik, im Interesse der Arbeiter, um Agitation und Beunruhigung zu vermeiden. Die Vertraulichkeit ist auf Seiten der Regierung aufs strengste gewahrt worden, und auch dann noch, als vor einiger Zeit im preussischen Abgeordnetenhaus die Sache zur Verhandlung kam, hat sich die Regierung auf eine ganz kurze Bemerkung beschränkt. Der Abg. Flumenthal war es, der in der elsässischen Kammer zum ersten Male die Sache vor die Öffentlichkeit brachte und im nationalpolitischen Interesse zu verwerthen suchte. Damit kam ich auf die allgemeine politische Bedeutung dieses Falles. Die elsässische Kammer hat bekanntlich für Grafenstaben und gegen die Regierung Partei genommen. Daraus und aus manchen andern Vorwommnissen haben die Gegner der vorjährigen Verfassungsgebung den Schluss gezogen, daß diese Gesetgebung verfehlt oder doch verfrüht gewesen sei. Daß sich die neue Verfassung leicht u. ohne Meibung einleben würde, habe ich nicht erwartet. Ich möchte da auf Einzelheiten nicht eingehen, nachdem dieses hohe Haus die vortreffliche Rede des Abgeordneten von Caller gehört hat. Herr von Caller hat in ganz ausgezeichneter Weise das schwierige Milieu Elsaß-Lothringens geschildert. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß ein Land, das in seiner ganzen vergangenen Geschichte sich keines selbständigen staatlichen Lebens zu erfreuen gehabt hat, jetzt übergegangen ist zu einem großen Maße staatlichen selbständigen Lebens, und daß, nachdem die kulturelle, die geschichtliche, die politische Entwicklung, die Ummwälzungen der letzten Jahrhunderte in Elsaß-Lothringen keinen einheitlichen Boden geschaffen hatten, der einem solchen staatlichen Leben günstig war, weil bald der französische, bald der deutsche Einfluß überwiegt, die Schwierigkeiten, die sich aus allen diesen Gründen ergeben — die ich heute nur andeute, wir haben ja vor einem Jahre ausführlich darüber gesprochen, diese Schwierigkeiten sind zuerst drastisch hervorgetreten bei den ersten Wahlen zur elsäß-Lothringischen Kammer im vorigen Herbst.

Damals mußten sich eigentliche politische Parteien im Lande erst bilden. Charakteristisch für die verworrenen Zustände, die damals entstanden, waren auch die Gewissenstouffeln, in die ein Teil der deutschen Wählererschaft geriet, als sie vor die Frage gestellt wurden, ob sie mit Hilfe der Sozialdemokraten den Nationalismus überwinden oder ihm durch Stimmhaltung zum Siege verhelfen sollten. Und alle diese Zustände, wie hätte es anders sein können, haben ihre Rückwirkung ausgeübt. Ob diese Vorgänge eine andauernde politische Bedeutung haben, ob aus ihnen der Schluss gezogen werden kann, daß die Verfassung ungewöhnlich gewesen sei, das kann heute nicht entschieden werden.

Aber unzweifelhaft — und das hat auch der letzte Vorredner zugegeben — haben diese Vorgänge das nationale Empfinden weiter deutscher Kreise tief verletzt und einen verhänglichen Unwillen hervorgerufen. (Nun mit erhobener Stimme.) Dieser Unwillen ist es, dem Seine Majestät der Kaiser in seinem Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Straßburg Ausdruck gegeben hat. Wegen dieses Gesprächs sind in der Öffentlichkeit heftige Angriffe gegen den Kaiser gerichtet worden. Ich lege gegen diese Angriffe Verwahrung ein. (Weisfall rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wie war denn die Sache? In einem Kreise geladener Gäste (Zuruf der Sozialdemokraten: Ist ja ganz gleichgültig) hat der Kaiser dem Unmut vertrieben, der in diesen Wochen viele deutsche Herzen erfüllt hat. Diese Worte sind durch eine bedauerliche, nicht aufgekärte Indiskretion (Hört, hört!) und Lachen der Sozialdemokraten, bei der, wie ich indes ausdrücklich hervorheben möchte, der Herr nicht beteiligt war, an den die Worte gerichtet worden sind, in die Öffentlichkeit geraten, und zwar, was peinlich ist, und was, wie ich annehme, auch von vielen Elsaß-Lothringern als peinlich empfunden werden wird, nicht in einer deutschen Zeitung, sondern in einer französischen. (Zustimmung und Hört, hört!) Trotz dieser Veröffentlichung (mit erhobener Stimme) ist keine Situation geschaffen, für die ich nicht die Verantwortung trüge. (Weisfall und Hört, hört!) Solange ich an dieser Stelle stehe, trete ich vor den Kaiser (Weisfall rechts, Lachen der Sozialdemokraten), nicht aus bürgerlichen Rücksichten, wie schon in der Presse angedeutet worden ist — die kenne ich nicht —, sondern aus staatlicher Pflicht (Weisfall), und wenn ich dieser staatlichen Pflicht nicht gerecht werden kann, dann werden Sie mich nicht mehr an diesem Platze sehen. (Hört, hört! und Lachen der Sozialdemokraten.) Ledebour ruft: Also Sie billigen den Verfassungsbruch? Mit Bundesrat und Reichstag werden offene Türen eingerannt. Es hat dem Kaiser völlig fernzulegen, die Rechte von Bundesrat und Reichstag auch nur irgendwie zu berühren. Wenn will man es denn Normachen, daß der Kaiser, wenn er von einer Verletzung der Verfassung gesprochen hat, nicht an einen Akt der Reichsgesetzgebung gedacht hat, der doch nur als ultima ratio in Betracht kommen konnte? Der Kaiser hat auch nicht davon gesprochen, daß jetzt an einer Revision der Verfassungszustände in Elsaß-Lothringen heranzutreten werden soll. Das hat er nicht getan, aber verwunderlich ist es, daß Elsaß-Lothringische Politiker die Zeit für gekommen erachten, um die Verfassungsgesetzgebung vom Reich auf das Land zu übertragen. Davon kann keine Rede sein, Elsaß-Lothringen ist Reichsland. Bundesrat und Reichstag sind es gewesen, die dem Lande seine Verfassung gegeben haben und nur Bundesrat u. Reichstag werden darüber zu befinden haben, ob einmal die Zeit kommen sollte, wo die Verfassungszustände geändert werden müssen und wie sie geändert werden müssen. Darum sind alle Konstellationen über die Richtung, in der sich Änderungen bewegen sollten, völlig gegenstandslos. Bundesrat und Reichstag werden, wenn ihnen solche Beschlässe ausgenötigt werden sollten, sich nur von den Lebensinteressen des Reiches leiten lassen. Bei Elsaß-Lothringen steht es, ob diese Lebensinteressen die Erhaltung und Konserbierung der dem Lande gegebenen Freiheit und Selbständigkeit oder ihre Einschränkung fordern werden. Das Land wird sich sein Schicksal selber schaffen, das Land wird, wenn es den Prinzipien folgt, die der Abg. von Caller hier eben angedeutet hat, das erreichen und das erhalten, was es jetzt hat, und wird es sichern, wenn es seinen andern Weg geht. Ja, meine Herren, niemand kann die Augen davor schließen, daß deutschfeindliche Bestrebungen im Lande vorhanden sind, welche aus dem Lande ein der Verbindung mit dem Reich widerstrebendes Land machen wollen, gegen diese Bestrebungen muß alles, was deutsch ist, zusammenstehen. Dann werden sie überwunden werden. Das, meine Herren, und die Sorge für die Zukunft des Reichslandes ist Kern und Inhalt der ersten Mahnung des Kaisers gewesen. (Abg. Ledebour (Soz.) ruft: Heule Ausrede.) War es ein Unrecht, daß der Kaiser den Mahnruf ausgestoßen hat? Nein, meine Herren, denn darüber ist sich die ganze Nation einig: Elsaß-Lothringen ist ein Land, das zu uns gehört wie jeder andere Teil des deutschen Vaterlandes. (Rebhäcker Weisfall.) Sollten, ich glaube es nicht, Freiberieien die überhand gewinnen, welche diese Tatsache auch nur entfernt in Zweifel ziehen können, dann allerdings würde es Pflicht des Bundesrats und des Reichstags sein, nach Mitteln auszusuchen, um diese Freiberieien zu beseitigen zu machen, und — des bin ich gewiß — diese Pflicht würde dann erfüllt werden; denn es wäre eine Pflicht deutscher Ehre, (Rebhäcker anhaltender Weisfall. Anhaltendes Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove: Den Ausdruck „Heule Ausrede“ muß ich als unparlamentarisch entschieden zurückweisen.

Abg. Dr. Haas-Karlsruhe (Fortf.):

Der Reichstanzler hat unzweifelhaft ein großes Verdienst um die Schaffung der elsäß-Lothringischen Verfassung. Da hätte er sich doch ernstere Gedanken machen sollen über diese Vorgänge. Es ist eine Schamlosigkeit, daß diese Privatgespräche hinausgetragen worden sind, namentlich in die französische Presse. Das Kaiserwort hat großen Schaden angerichtet für Deutschlands Sache in Elsaß-Lothringen. Es freuen sich die französischen Regierung, das französische Volk und die phantastischen nationalistischen Volksteile über diese Worte, Deutschland aber haben sie bitter berührt. Eine Zurückhaltung auch in Privatgesprächen des Kaisers ist nicht zu spüren gewesen. Welche Depesche aus Berlin hätte wohl ein süddeutscher Fürst bekommen, wenn er sich ähnlich geäußert hätte. (Sehr gut.) Den Nationalisten Frankreichs wollen wir sagen, Elsaß-Lothringen schaut nicht zu Euch hinüber. Die Elsaß-Lothringer legen aber dem Wort des Kaisers wenig Bedeutung bei. Das Wort des deutschen Volkes ist in dieser Frage mächtiger als das des Kaisers.

Abg. Schults-Bromberg (Rp.):

Der Kaiser hat sich stets als warmer Freund von Elsaß-Lothringen gezeigt. Seine Warnungen waren durchaus berechtigt. Aber die Form, die uns noch nicht einmal bekannt ist, läßt sich nicht freiten. Von einem Staatsstreich ist keine Rede. Die Sozialdemokraten sind es gerade, die die Verfassung ändern wollen und da werden sie dem Kaiser Mißtrauen seiner Gewalt vor (Sehr gut rechts). Die Worte über Preußen sind tiefbetreibend, die Herr Scheibemann fand. Sie können das Maß der Beleidigung herab auf Preußen häufen, Sie werden niemals das Maß der Verachtung erreichen, dem Sie dadurch anheimfallen. An dem Staate Friedrichs des Großen werden ihre Vorwürfe zerfallen.

Abg. Haug (Schäffer):

Ich bin auch einer der Missetäter, die die Missetröhe in reichsständischen Etat vertreten haben. Von einer Reichsfeindschaft kann keine Rede sein. Niemand von uns, von meiner Partei, denkt daran, Elsaß-Lothringen vom Reiche loszureißen.

Nein! wir geben gerne dem Reiche, was ihm gebührt, aber nicht, daß es uns nicht zu Reichsbürgern zweiter und dritter Klasse degradiert.

Abg. Dr. Lensch (Soz.):

Im Elsaß wird der Grafenstabener Fall ganz anders beurteilt, da wird er als Kinderei angesehen. Der Reichstanzler sagt, so lange ich hier stehe, stehe ich vor dem Kaiser. So spricht kein verantwortlicher Minister, sondern der Brigadeführer des persönlichen Regiments (Große Unruhe, Bravo bei den Soz.). Die Verfassung wird nicht als ein Recht des Volkes aufgeführt, sondern als ein Geschenk: Der Herr hats gegeben, der Herr hats genommen, der Name des Herrn sei gewiesen! (Wutrufe rechts und im Zentrum. — Präsident Dr. Kämpf ruft: Ick Redner zur Ordnung.)

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Elsässer und die Weiterberatung des Reichstanzleretats, Kapitel auswärtige Politik, auf Samstag 1 Uhr vertagt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Straßburg, 18. Mai. Der „Straßburger Post“ zufolge hat der kaiserliche Statthalter Graf Wedel gegen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in Essen Beleidigungsklage erhoben wegen eines Artikels, in dem im Zusammenhang mit dem Fall von Grafenstaben von einem pflichtvergessenen Regime des Grafen Wedel die Rede ist.

Magdeburg, 18. Mai. Den Schluß der diesjährigen Tagung des Vereines Deutscher Zeitungsverleger bildete ein glänzend verlaufenes Festmahl, an dem der Oberpräsident der Provinz Sachsen und andere Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden teilnahmen.

London, 16. Mai. Marineminister Churchill beantwortete im Unterhaus verschiedene Fragen über die Wirkung des neuen deutschen Flottengesetzes auf den englischen Flottenbau. Es wird notwendig sein, dem Haus in diesem Jahr einen Ergänzungsklottenetat vorzulegen. Ich kann noch nicht sagen, wann die Abstimmung stattfindet. Der konservative Kapitän Fisher fragte Premierminister Asquith, ob Deutschland 1909 England informiert hätte, daß es zu dem Flottengesetz von 1908 keine weiteren Bauten beabsichtige, und ob Deutschland trotz der Erklärung jetzt seine Flotte um drei Dreadnoughts vermehre. Asquith entgegnete, Deutschland gab keine Zusicherungen und ich kann nicht sagen, welche Absichten Deutschland zu dieser und jener Zeit hatte, da es Deutschland offen stand, seine Ansicht zu ändern.

London, 18. Mai. Die Männergefängnisse der hiesigen deutschen Kolonie gaben gestern im Mansion House ein Konzert für die Hinterbliebenen der Opfer des „Titanic“; der deutsche Vorkämpfer und der deutsche Generalkonsul hatten das Protektorat übernommen. Die Götterverwaltung hatte den großen Banquetaal zur Verfügung gestellt und die deutsche Kolonie war zahlreich erschienen. Am Schluß des Konzerts dankte der Lordmayor in herzlichen Worten für die Unterstützung; er erinnerte an die Worte Kaiser Wilhelms, der sich bei seinem Besuch in der Guildhall im Sinne des Friedens ausgesprochen hatte und sprach seine besten Hoffnungen für die guten Beziehungen zwischen den beiden Nationen aus. Die Veranstaltung brachte dem Lordmayor eine begeisterte Ovation dar.

Simsa, 16. Mai. Die Friedensverhandlungen zwischen den Chinesen und Tibetern in Lhasa sind gescheitert. Der Kampf wurde wieder aufgenommen. Die Tibeter bombardierten das Kloster, in dem sich achthundert Chinesen befinden, deren Munition knapp wird.

Verschiedenes.

New Orleans, 15. Mai. Banditen hielten den New York-Expres in der Nähe von Galliesburg (Mississippi) auf, sprengten den Gepäckwagen mit Dynamit und klüfteten zu Pferd mit einem Paket, in dem sich 140 000 Dollar befanden. Die Reisenden wurden nicht belästigt. Veritene Schutzmannschaften nahmen die Verfolgung auf.

Pompeji, 14. Mai. Bei den fortgesetzten Ausgrabungen unter der Leitung des Professors Spinazzola entdeckte man heute eine vollständig erhaltene Fresse von außergewöhnlicher Bedeutung und wunderbarer Schönheit. Die Fresse schmückte die Fassade eines an einem öffentlichen Wege liegenden Hauses und wurde von einem an Ort und Stelle wiedergefundenen Dach geschützt. Die Fresse stellt die Venus von Pompeji mit dem Diadem dar.

Verantwortlich für die Redaktion:

Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunische Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Zur Zahnbildung

bedarf der jugendliche Körper einer Reihe von Aufbaumitteln, vor allem mineralischer Salze. Erhält er diese nicht in genügender Menge, so stellen sich allerlei Beschwerden ein. Diesen kann durch Gebrauch von **Scotts Emulsion**, einem neben anderen wichtigen auch mineralische Bestandteile enthaltenden Kräftigungsmittel vorgebeugt werden. Das Kleine bleibt andauernd munter und wird kräftige schöne Zähne mühelos erhalten.



Nur echt mit dieser Marke — dem Geübten — gelben Verpackung!

Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich in großen Verkauf, und zwar nie lose nach Gewicht oder Maß, sondern nur in verpackten Dose in Packungen in Karton mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Fisch). Scott & Böhme, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Bestandteile: Reiner Fischlebertran 150,0, prima Glycerin 50,0, unterphosphorsaurer Kalk 4,0, unterphosphorsaurer Kalium 2,0, phosph. Triäthyläther 3,0, feinstes arab. Gummi 2,0, Wasser 120,0, süßholz 11,0. Gießer aromatische Emulsion mit Jint-, Mandel- und Glycerinalkohol je 2 Tropfen. B.361

1889 **Biologische Abwasser-Kläranlagen.**
Einrichtung von Kurbädern, Krankenhäusern.
— Warmwasser-Bereitungs- und Heizungs-Anlagen —
Emil Schmidt & Cons., Ingenieure.

H. Maurer, Grossh. Hoflieferant
Karlsruhe, Friedrichspl. 5
fachmännisch geleitetes
Piano- u. Harmonium-Lager I. Ranges
empfiehlt



die allerersten Marken
Steinway & Sons,
Berdux,
Schiedmayer vorm.
J. & P. Schiedmayer
Phonolas.

Erstklassige
Fabrikate von
Aug. Förster,
Hofberg (Harmonium),
Knuss,
Ed. Seiler G. m. b. H.,
Marke H. Maurer.

Solide neue Pianos von Mark 475.—, Harmoniums von Mark 120.— an.
Permanent Gelegenheitskäufe in gespielten Instrumenten. C.536
Besichtigung meines Lagers, eines der größten Badens, erbeten.

Kaiser-Kino
am Durlachertor
Kaiserstraße 5
Programm
vom 18. Mai bis inklusive
21. Mai 1912

1. Ein Sommerabenteuer, nordischer Schlager, 2 Akte
2. Herr Moritz u. Frau, kom.
3. Das verlorene Kind, Drama mit Fr. Mistinguett in der Hauptrolle
4. Ziyoto hoch zu Roß, Humor. C.767
5. Kinematogr. Zeitung, Aktuell
6. Seelen, die sich in der Nacht begegnen, sehr spannendes Drama.

*Überaus billig und billiger als
Bodensee-Mozartfest.*
Das Gefüllte muß 5!

TURBINEN für alle
Gefälle u.
Wassermengen.
Größte Leistungsfähigkeit.

Escher Wyß & Cie., Ravensburg (Württbg.)
In den Fabriken der Firma bis jetzt 5000 Turbinen mit zusammen 2150000 PS. ausgeführt,
mehr als irgend eine andere Turbinenbau-Firma, für Gefälle von 0,6 bis 930 m, darunter zahl-
reiche Anlagen für staatliche und städtische Behörden. B.866
Gründung der Fabrik in Ravensburg 1857. — Ingenieurbureau Freiburg i. B.: Schwimmbadstraße 42.
Weitere Spezialitäten: Dampfturbinen, Papierfabrikationsmaschinen, Kühlanlagen, Dampf-
u. Motorboote. Die größere Anzahl der Bodenseedampfloote ist von unserer Firma geliefert.

Emil Schmidt & Cons.
Telephon 70
Bäder
Toiletten
Ingenieure
für sanitäre
Anlagen
Heilwasserbereitung
Ausstellungsr. Kaiserstr. 209
Techn. Bureau: Hebelstr. 3

Karlsruher Pferderennen
Pfingstmontag den 27. Mai und Sonntag den 2. Juni:
Bedeutende Hürden- und Flachrennen
C.738
Zahlreiche Ehrenpreise, darunter solche hoher
und höchster Herrschaften. Totalisator.

Baden-Baden.
Mozart-Schubert-Fest
im großen Saale des Kurhauses.
30., 31. Mai, 1. und 2. Juni 1912.

Leitung:
Generalmusikdirektor **Ernst von Schuch**
Städtischer Kapellmeister **Paul Hein**
Orchester:
Das verstärkte städtisch. Orchester
Mitwirkende:
Julia Culp (Mezzo-Sopran)
Kammersänger **Franz Steiner** (Bariton)
Klingler-Quartett
Professor Karl Klingler, Joseph Rywkind,
Fridolin Klingler, Artur Williams
(Rudolf Sprenger, Solo-Bratschist des städt. Orchesters, 2. Viola.)
(Hugo Andrae, Solo-Cellist des städt. Orchesters, 2. Cello)
Professor **Karl Friedberg** (Klavier) C.642

Eintritts-Preise:
Abonnement für sämtliche Konzerte:
I. Abteilung . . . Mark 25.—
II. Abteilung . . . Mark 15.—

Für einzelne Konzerte: Für das Schlußkonzert:
I. Abteilung . . . Mark 6.— I. Abteilung . . . Mark 8.—
II. Abteilung . . . Mark 4.— II. Abteilung . . . Mark 6.—
Saaleintritt . . . Mark 1.50 Saaleintritt . . . Mark 2.50

Der Schluß der Entnahme von Abonnementkarten ist auf den
26. Mai festgesetzt; nach diesem Tage können nur noch Karten für
einzelne Konzerte gelöst werden.
Der Verkauf der Eintrittskarten findet an der Kurtaxen-Nebenkasse
im Kurhause vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 1/4 bis
1/2 Uhr und abends von 8—10 Uhr statt.
Das städtische Kurkomitee.

Vornehme Moden
Frühjahr und Sommer 1912
Reichste Auswahl

**Herren-
Jünglings-
Knaben-
Kleidung**

Für diese Zeit sind in allen Abteilungen aparte
Neuheiten
Wiederholt weisen wir hin auf unsere Leistungs-
fähigkeit auf dem Gebiete C.732

fertig zu kaufender Garderobe,
welche sich auszeichnen durch beste Verarbeitung,
haltbare neueste Stoffe, geschmackvolle Fassons u.
auffallend eleganten Sitz
Chice Piecen auch in niedrigen
Preislagen

Spiegel & Wels
Spezialität: Kleidung für korpulente Herren.
Neuester Moden-Katalog gratis.

Sanatorium Alpirsbach C.76
bei **Freudenstadt** (Schwarzwald)
für Nervenleiden und innere Krankheiten
Prospekte. Besitzer und leitender Arzt: **Dr. Würz.**
Das ganze Jahr geöffnet!

Badgastein Radionaktivste
Therme der
Welt.
Im Kronland Salzburg, Oesterreich, Hauptst. d. Tauernbahn, hoch-
alpine, windgeschützte Lage (1012) inmitten reicher Koniferenwä-
ldungen. Vortrefflich wirksam bei Altersgebrechen, Erkrankungen d.
Nervensystemes, des Rückenmarkes, bei Gicht, Rheumatismen,
Nieren-, Blasen- u. Frauenkrankheiten. Inhalation der natürl. Radio-
Emanation unmittelbar d. Thermen. Modernste Heilbehelfe in mech.,
physikal. u. elekt. Therapie. Einfachste u. vorzüglichsten Ansprachen
genügend 35 Hotels u. Lozierhäuser, v. denen fast alle Thermalbäder be-
sitzen. Ausgedehnte, schön promenierte Anst. u. Prospekt
durch d. Kurverwaltung. In unmittelb. Nähe Luftkurort Böckstein.

**Nordseebad
Scheveningen**
via Emmerich
Man verlange **Prospekt.**

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, A.-G.
KARLSRUHE
Kaiserstrasse 146 Telephon 840
Ausführung aller bankmäß. Geschäfte
Stahlkammer. B.136

**HOTEL UND RESTAURANT
Friedrichshof**
(Direktion: G. Münzer)

Erstes und größtes Restaurant
der Residenz mit eleganter
Weinstube
Weine nur direkt vom Produzenten und ersten Firmen
Vorzügliche Biere der Brauerei Sinner, Grünwinkel
Münchner Kochelbräu B.936
Bestgepflegte Küche
Reichhaltige Speisekarte
Große und kleine Lokalitäten
Schöner schattiger Garten.
Wöchentlich 2—3 Militär-Konzerte.

Auf der ganzen Welt unerreicht
ist die Beliebtheit der
Singer Nähmaschinen
und kein Name der ganzen Nähmaschinenbranche genießt
einen besseren Klang als der Name
SINGER
Man kaufe nur in unseren Läden
oder durch deren Agenten



Unsere Läden
sind sämtlich
an diesem Schild
erkennbar.

Singer Co. Nähmaschinen Akt.-Ges.
Karlsruhe, Kaiserstrasse 124. C.542

Residenz-Theater
30 Waldstraße 30
Spielplan:
Samstag, 18., Montag, 20., Dienstag, 21. Mai 1912.

1. 2. Ein Sommerabenteuer, von ersten nordischen Kräften
gespielt, ein wahrer Kunstfilm in zwei Akten.
3. Flötensolo, auf einem Auetophon-Starkton-Grammophon.
4. Eine Fahrt durch den Kanal von Manchester. (Hoch-
interessanter Film.)
5. Einfahrt bei Eastham.
6. Roncorn.
7. Schleuse beim Einfluß des Bridgewaterkanals.
8. In den Docks von Manchester.
9. Der Picadillyplatz in Manchester. C.765
10. Leo kann nicht tanzen. Humoreske.
11. Mirza, die Zigeunerin. Drama.
12. Schnellste Berichterstattung der neuesten Ereignisse
in aller Welt, durch französische wie durch die Deutsche
Film-Zeitung. Aktuell.
13. Krause als Aviatiker. Humoreske.

**Jakob Wessler
Möbeltransport
Offenburg i. B.**
Möbeltransporte per Bahn mit u. ohne
Umladung. Verpackung von Glas-,
Porzellan- und Kunstgegenständen.
Aufbewahrung von ganzen Einrich-
tungen. Transporte nach allen Rich-
tungen des In- und Auslandes.